

# Protokoll

# BEREINIGT

Datum:

22. April 2014

Für:

TeilnehmerInnen des Runden Tisches inkl. Stellvertretungen sowie weitere Sitzungsteilnehmende gemäss unten stehender Aufstellung

Referenz/Aktenzeichen: COO.2180.109.7.123358 / 922/2013/01184

## Protokoll des vierten Runden Tisches vom 21. März 2014

**Vorsitz:**

Luzius Mader

Delegierter des EJPD für Opfer von FSZM  
Bundesamt für Justiz

**Teilnehmende mit Stimmrecht:**

Mirjam Aebischer

Integras Fachverband Sozial- und Sonderpädagogik

Olivier Baud

Fondation officielle de la Jeunesse

Ursula Biondi

Vertreterin administrativ Versorgte

Wolfgang Bürgstein

Schweizer Bischofskonferenz SBK

Daniel Cevey

Betroffener

Jean-Louis Claude

Betroffener

Kurt Gradolf

Vertreter Zwangssterilisierte

Margrith Hanselmann

Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren SODK

Simon Hofstetter

Schweizerischer evangelischer Kirchenbund SEK

Lisa Hilafu

Vertreterin Zwangsadoptierte

Thomas Huonker

Vertreter Fremdplatzierte

Andreas Jost

Betroffener

David Oberholzer

CURAVIVA

Verband Heime und Institutionen Schweiz

Sybille Oetliker

Schweizerischer Städteverband

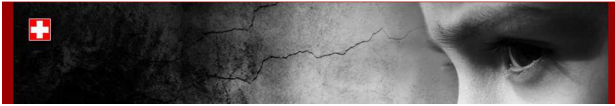
Claudia Scheidegger

Betroffene

Fritz Schober

Schweizerischer Bauernverband SBV

	René Schüpbach	Betroffener
	Uschi Waser	Vertreterin Jenische
	Diana Wider	Konferenz der Kantone für Kindes- und Erwachsenenschutz KOKES
	Maria-Luisa Zürcher	Schweizerischer Gemeindeverband
	Walter Zwahlen	Vertreter Verdingkinder
<b>Teilnehmende ohne Stimmrecht:</b>	Pierre Avanzino	Vertreter Historiker
	Beat Gnädinger	Schweizerische Archivdirektorenkonfe- renz ADK
	Elisabeth Keller	Eidgenössische Kommission für Frauen- fragen
	Martin Lengwiler	Vertreter Historiker
	Marco Leuenberger	Vertreter Historiker
	Ursula Schneider Schüttel	Parl. Gruppe für Opfer von FSZM
	Annegret Wigger	Vertreterin Sozialwissenschaften
<b>Gäste:</b>	Reto Brand	Bundesamt für Justiz
	Folco Galli	Bundesamt für Justiz
	Lukas Heckendorn	Schweizerisches Institut für Rechtsver- gleichung
	Janine Mauerhofer	Assistentin des Delegierten für Opfer von FSZM
	Nina Schneider	Bundesamt für Justiz
	Iris Widmer	Bundesamt für Justiz
	Sara Zimmermann	Staatsarchiv des Kantons Zürich
<b>Protokoll:</b>	Rahel Müller	Bundesamt für Justiz
<b>Entschuldigt:</b>	Elsbeth Aeschlimann	Opferberatungsstelle Zürich
	Jacqueline Fehr	Parlamentarische Gruppe für Opfer von FSZM
	Marco Ronzani	Coach des Betroffenenforums
	Loretta Seglias	Vertreterin Historiker



1 Sitzungsbeginn: 10.00 Uhr

2 **1. Begrüssung und Mitteilungen; Schwerpunkte des 4. RT und Vorgehensweise für**  
3 **die Behandlung der Anträge**

4 Der DelegierteDelegierte eröffnet die Sitzung und gibt die Entschuldigungen bekannt. Ziel  
5 und Schwerpunkt der Sitzung sei die Besprechung der Grobstruktur des Berichts des RT und  
6 insbesondere des Massnahmenteils. Er macht beliebt, Anträge, welche die Massnahmen  
7 betreffen, unter dem Traktandum 6 (Grobstruktur des Berichts/Massnahmenteil) zu behan-  
8 deln, was sicherstelle, dass das Gesamtbild nicht verloren gehe.

9 **2. Genehmigung des Protokolls des 3. RT**

10 Sämtliche Änderungswünsche konnten berücksichtigt werden. Das Protokoll wird stillschwei-  
11 gend genehmigt. Der Delegierte informiert, dass seines Erachtens die Aufschaltung des Pro-  
12 tokolls erst nach der Genehmigung erfolgen könne. Diese Vorgehensweise trifft auf breite  
13 Zustimmung.

14 **3. Informationen**

15 **3.1 Stand Rehabilitierungsgesetz**

16 NR Schneider Schüttel informiert, das Rehabilitierungsgesetz sei diesen Vormittag mit gros-  
17 ser Mehrheit angenommen und verabschiedet worden. Der Delegierte ergänzt, dass eine  
18 möglichst rasche Inkraftsetzung erwünscht sei; dies sei aber noch mit den Kantonen abzu-  
19 sprechen. Eine Inkraftsetzung auf den 1. August 2014 sei seines Erachtens möglich. Es sei  
20 fraglich, ob auch die Einsetzung der Expertenkommission durch den Bundesrat bereits auf  
21 diesen Termin möglich sei. Die Teilnehmenden diskutieren den Einbezug des RT in die wis-  
22 senschaftliche Aufarbeitung im Rahmen der Umsetzung des Rehabilitierungsgesetzes und  
23 insbesondere die Frage der Einsetzung eines Ausschusses. Herr Huonker wünscht, dass der  
24 RT durch einen Ausschuss eingebunden werde. Frau Keller unterstützt dieses Anliegen,  
25 damit in dieser wichtigen Frage Transparenz für alle Beteiligten hergestellt werden könne.  
26 Der Delegierte betont, dass der RT einzubeziehen sei - sowohl betreffend Einsetzung als  
27 auch bei den Arbeiten. Seines Erachtens würden aber - v.a. aus Zeitgründen - bilaterale Ge-  
28 spräche genügen.

29 **3.2 Volksinitiative**

30 Der Delegierte informiert, die Volksinitiative werde demnächst lanciert. Vorgesehen sei der  
31 31. März 2014.

32 Herr Claude weist auf das nach wie vor bestehende Wissensmanko in den Kantonen der  
33 Westschweiz hin.

34 **3.3 Anlaufstellen**

35 Frau Hanselmann informiert, am 3. Juni 2014 finde das nächste Anlaufstellentreffen statt.  
36 Anliegen könnten ihr gerne zugetragen werden. Sie informiert ferner, die Situation in BS hät-  
37 te geklärt werden können. Im Übrigen seien sie daran, mit den Kantonen Gespräche betref-

1 fend Soforthilfe zu führen. Sie regt an, allfällige Unstimmigkeiten mit Anlaufstellen diesen  
2 direkt oder der SODK zu melden. Bilaterale Lösungen seien oft zielführender als Massen-  
3 mails.

4 Herr Jost weist darauf hin, bei den Anlaufstellen würde der "Kantönligeist" nach wie vor vor-  
5 herrschen.

### 6 **3.4 Empfehlungen betreffend Akteneinsicht**

7 Herr Gnädinger informiert über verschiedene Rückmeldungen der Kantone, wonach die  
8 Empfehlungen weitergeleitet und detailliert worden seien. Er erachte die Detaillierungen als  
9 sehr wichtig, um den unterschiedlichen Regelungen in den Kantonen Rechnung tragen zu  
10 können. Herr Schüpbach weist darauf hin, es sei teilweise förderlich, sich an die Stellen zu  
11 wenden, die damals die Heimeinweisungen finanziert hätten. Dort seien teilweise auch noch  
12 Akten vorhanden. **Frau Hilafu verweist auf die Problematik, dass ehemalige Adoptierten keine**  
13 **Akteneinsicht bei ihren leiblichen Vätern gewährt wird, obwohl diese verstorben und die Vater-**  
14 **schaft anerkannt ist. Man verweise auf den Datenschutz.**

15 . Herr Gnädinger erläutert, dass in jenen Fällen, in welchen eine Legitimation vorliege, eine  
16 Akteneinsicht möglich sein sollte. Hier seien die Umstände des Einzelfalls entscheidend.

17 Frau Zürcher informiert, in der Zeitschrift des Gemeindeverbandes sei auf die Empfehlungen  
18 hingewiesen worden. Sie verweist auf die Möglichkeit der Aufnahme eines Direktlinkes auf  
19 die Homepage der Schweizerischen Archivdirektorenkonferenz.

20 Der Delegierte ergänzt, er habe bei den Gesprächen mit den Kirchenvertretern darauf hin-  
21 gewiesen, dass die Empfehlungen auch auf kirchlich geführte Institutionen Anwendung fin-  
22 den sollten. Herr Bürgstein informiert, die katholischen Bischöfe würden die Empfehlungen  
23 an ihre Bistümer weiterleiten. Herr Hofstetter ergänzt, dass auch bei der evangelischen Kir-  
24 che Bereitschaft bestehe.

25 Herr Claude deponiert zu handen der Bischofskonferenz, es bestehe Interesse an der Be-  
26 kanntgabe der Namen der damals Involvierten. Herr Gnädinger empfiehlt, in einem ersten  
27 Schritt Akteneinsicht vorzunehmen. Der Rest werde sich aus der Akteneinsicht heraus erge-  
28 ben. Herr Bürgstein informiert, es gebe kein nationales Archiv auf katholischer Seite. Es be-  
29 stehe deshalb die Herausforderung zu entscheiden, welches die zuständige Institution sei. Er  
30 biete Unterstützung an, falls hier Schwierigkeiten bestünden oder falls Gesuche unbeantwor-  
31 tet blieben.

### 32 **3.5 Umfrage zur Anzahl der Betroffenen/Opfer**

33 Der Delegierte informiert über die durchgeführte Umfrage bei den bekannten Organisationen  
34 sowie bei den kantonalen Ansprechpersonen für die durch den Bund subventionierten Hei-  
35 me. Die Bilanz werde Anfang April gezogen. Herr Gnädinger gibt bekannt, die Zahl der ge-  
36 meldeten Betroffenen habe sich seit der letzten Umfrage bei den Staatsarchiven vervünf-  
37 facht. Er betont, die Sensibilisierung der Gemeinden sei aus Sicht der Staatsarchive ein  
38 wichtiges Anliegen. Wichtig sei auch die Unterscheidung, ob sich eine Drittperson oder eine  
39 direkt betroffene Person melde; die rechtliche Situation sei hier je nach dem unterschiedlich.  
40 Auch diesbezüglich würden die Staatsarchive Beratung anbieten. Wichtig sei auch der Hin-  
41 weis, dass es nicht einfach „Dossiers“ gebe. Die Überlieferungsspuren würden sich in un-  
42 terschiedlichen Akten befinden.

43 Frau Hilafu verweist auf ihren Antrag i.S. Finanzierungsgesuch für einen gemeinsamen  
44 Webauftritt der Suchdienste der Schweiz und begründet diesen. Der Delegierte stellt in Aus-  
45 sicht, das Gesuch werde den Teilnehmenden des RT verteilt und es werde später darauf  
46 zurückgekommen.

1 **3.6 Betroffenenforum:** Keine Bemerkungen.

2 **3.7 Ausstellung "Verdingkinder reden"**

3 Der Delegierte informiert über die von verschiedenen Seiten her eingegangenen Zusagen für  
4 weitere Unterstützung und dankt den entsprechenden Organisationen. Die Ausstellung wer-  
5 de am 12. April 2014 eröffnet.

6 **3.8 Anpassungen der Homepage**

7 Der Delegierte und Frau Müller informieren über die vorgenommenen und anstehenden Än-  
8 derungen. Vorschläge könnten gerne an Frau Müller gerichtet werden.

9 **4. Soforthilfe**

10 **4.1. Stand der Realisierung**

11 Der Delegierte verweist auf die den Teilnehmenden vorliegenden Entwürfe der Vereinbarung  
12 mit der Glückskette, der Fondsrichtlinien und des Gesuchsformulars. Er stellt in Aussicht,  
13 dass zusammen mit der Glückskette nächste Woche noch Anpassungen vorgenommen  
14 würden. Es verweist auf das Anliegen der SODK, die Texte einfacher zu gestalten.

15 Die Teilnehmenden diskutieren die Papiere und regen insbesondere folgende Anpassungen  
16 an:

17 *Richtlinien:*

18 - 2. Linie: „Kinder und Jugendliche“ sei durch „Menschen“ zu ersetzen

19 *Gesuchsformular:*

20 - Klarere Formulierung der Vorgehensweise der Gesuchsabwicklung

21 - Farbliche Gestaltung

22 - Präzisierung der Möglichkeit zur Kontaktaufnahme / Konnex zur (Verwendung der)  
23 niedergeschriebenen Geschichte?

24 - Diskussion um die Frage der Verwendung des Geldes: Der Delegierte weist darauf  
25 hin, dass diese Frage durch die Glückskette immer gestellt werde. Es werde aber  
26 versucht, die Formulierung abzuschwächen ("welchen Wunsch möchten Sie sich mit  
27 der Soforthilfe erfüllen?"). Der Delegierte betont, es sei nicht Aufgabe des Ausschus-  
28 ses, Polizist zu spielen und die Wünsche der Gesuchsteller zu werten.

29 - Sozialhilfelogik (Beispiel: Steuerveranlagung des nicht verheirateten Partners ist bei-  
30 zulegen): Diese Dynamik sei zu überdenken und mit der Glückskette zu besprechen.

31 *Sämtliche Papiere:*

32 - Konsequente Nennung der Fremdplatzierten

33 - Einheitliche Verwendung der Begriffe auf allen Papieren und insbesondere Berück-  
34 sichtigung der im Ausschuss besprochenen Spezifizierungen und Formulierungen

35 - Ergänzung um die Position der Eltern (Kindeswegnahme)

36 - Präzisierung „Abtreibung“: „Zwangsabtreibung“

37 - Vereinfachung

38 Der Delegierte informiert, der Vorstand der Glückskette werde sich am 25. März 2014 noch-  
39 mals mit dem Soforthilfefonds befassen. Die Unterzeichnung der Vereinbarung sei auf den 8.  
40 oder 9. April 2014 vorgesehen und werde auch durch eine Medienmitteilung bekannt gege-  
41 ben. In der Medienmitteilung werde auch der Ablauf des Verfahrens nochmals klar darge-

1 stellt. Gesuche könnten ab Juni eingereicht werden; Auszahlungen seien ab September  
2 möglich. Der Delegierte informiert, beim Sekretariat FSZM eingereichte Gesuche würden  
3 unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen aufbereitet, durch den Ausschuss behan-  
4 delt, der Glückskette vorgelegt, aufbewahrt und schliesslich archiviert.

5 Frau Hanselmann informiert, 7 Kantone hätten Beiträge gesprochen. Andere Kantone müss-  
6 ten noch auf die Beschlüsse des Parlamentes warten. Bis jetzt würden keine negativen Mel-  
7 dungen vorliegen. Sie verweist auf die benötigte Zeit. Der Delegierte informiert über die ver-  
8 sendeten Spendenaufrufe bei Unternehmen, Organisationen und Institutionen. Das Schrei-  
9 ben diene nicht nur der Geldbeschaffung, sondern auch der Verdeutlichung, dass es nicht  
10 um Verantwortung sondern um Solidarität gehe. Ferner würden die Briefe der Aufklä-  
11 rung/Sensibilisierung dienen. Auf Frage von Herrn Baud erläutert der Delegierte das (mitt-  
12 lerweise richtiggestellte) Missverständnis in der Westschweizer Lotteriefachdirektorenkonfe-  
13 renz betreffend die Zweckbindung der Finanzierungsbeiträge des Soforthilfefonds.

14 Frau Aebischer informiert, die integras-Resonanzgruppe zum RT habe alle Trägerschaften  
15 dazu eingeladen, im Sinne der Solidarität einen Beitrag an den Soforthilfefonds zu leisten.  
16 Der Delegierte verdankt diese Initiative. Frau Wigger verweist auf die im Kanton SG gestern  
17 eingereichte Motion. Herr Hofstetter informiert, die reformierte Kirche werde eine Empfehlung  
18 für eine nationale Kollekte an einem nationalen Sammeltag herausgeben. Herr Bürgstein  
19 ergänzt für die katholische Kirche, auch die Bischöfe hätten eine nationale Kollekte empfoh-  
20 len. Die Bereitschaft und Unterstützung sei da. Herr Claude gibt seinem Unmut darüber Aus-  
21 druck, dass eine Kollekte durch jene durchgeführt werde, welche die Betroffenen damals mit  
22 Füßen getreten hätten.

#### 23 **4.2. Organisatorische Aspekte (insb. Vorgehen für die Prüfung der Gesuche; Aus-** 24 **schluss und Zeitplan)**

25 Der Delegierte verweist auf das bereits Gesagte. Gesuche würden an den Delegierten resp.  
26 an das Sekretariat FSZM gerichtet, administrativ aufbereitet und bei Vollständigkeit dem  
27 Ausschuss zur Prüfung weitergeleitet. Der Ausschuss gebe zu Händen der Glückskette eine  
28 Stellungnahme ab.. Die Glückskette nehme keine eigentliche materielle Prüfung mehr vor,  
29 sondern mache nur noch den formellen Entscheid. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls  
30 stichprobenweise zu überprüfen, ob die Richtlinien eingehalten würden.

31 Der Delegierte führt aus, er stelle sich einen Ausschuss mit 3-5 Personen vor. In diesem  
32 Ausschuss sollten unterschiedliche Qualifikationen vertreten sein. Es brauche Betroffene  
33 sowie Personen, die mit Sozialhilfe und mit administrativen Abläufen vertraut seien. Er möch-  
34 te in den nächsten Tagen und Wochen Überlegungen zur Ausgestaltung des Ausschusses  
35 anstellen. Dabei sei auch eine angemessene Vertretung beider Geschlechter und der  
36 Sprachregionen sicherzustellen. Der Ausschuss werde geleitet durch den Delegierten. Der  
37 Delegierte bittet um Ermächtigung, in den nächsten Wochen die Vorarbeiten zu leisten, um  
38 bis im Juni ein funktionierendes Team aufzustellen. Die Aufbereitung der Dossiers könne  
39 nicht Teil der Arbeiten des Ausschusses sein. Dieser habe beratungsreife Unterlagen zu er-  
40 halten. Diese Aufbereitung sei durch einen Sonderaufwand des BJ zu bewältigen.

41 Der RT stimmt dem vorgeschlagenen Vorgehen zu.

42 Herr Zwahlen weist auf die Weigerung des Bauernverbandes hin, sich am Soforthilfefonds  
43 finanziell zu beteiligen. Herr Schober erläutert, der Bauernverband selber habe vom Ver-  
44 dingkinderwesen nicht profitiert, nur die Bauern selber. Er gibt zu bedenken, die Bauern wür-  
45 den auch bei den Kollekten der Kirchen spenden, diese seien ja wahrscheinlich noch die  
46 treuesten verbliebenen Kirchgänger. Auch der Bauernverband habe überlegt, eine Samm-  
47 lung zu starten. Eine solche sollte aber als Glückskettentag gesamtgesellschaftlich durchge-  
48 führt werden. Der Delegierte informiert über inzwischen stattgefundene Gespräche mit dem

1 Präsidenten und dem Direktor des Bauernverbandes. Er könne sich gut vorstellen, dass der  
2 Bauernverband auf seinen Entscheid zurückkomme. Er würde es deshalb als verfehlt erach-  
3 ten, den Bauernverband an den Pranger zu stellen. Er wünsche sich, dass sämtliche Mitglie-  
4 der des RT konstruktiv bei der Erarbeitung von Lösungen mitwirken. Der Delegierte stellt in  
5 Aussicht, dass er an einer Vorstandssitzung des Bauernverbandes den RT und seine Arbei-  
6 ten vorstellen werde.

7 Frau Keller bestätigt, das Gespräch sei weiter zu suchen. Das Thema des RT sei bei den  
8 Bäuerinnen und Landfrauen auf grosses Interesse gestossen. Sie sei zuversichtlich, dass die  
9 Frauen ebenfalls das Gespräch aufnehmen werden. Hier brauche es Geduld.

10 Herr Avvanzino informiert über eine Studie, welche die Kinderarbeit thematisiere. Betroffen  
11 seien nicht nur Verdingkinder, sondern auch Waisenkinder. Es habe ein unglaublicher, skla-  
12 venhafter Missbrauch stattgefunden. Für die Zeit zwischen 1830 und 1940 sei zudem die  
13 Heimarbeit zu erforschen. Der Delegierte bestätigt, dass diese Fragen bei der wissenschaft-  
14 lichen Aufarbeitung zu klären seien.

## 15 **5. Diskussion über spätere finanzielle Leistungen auf gesetzlicher Grundlage:**

### 16 **5.1 Information SIR**

17 Herr Heckendorn vom Schweizerischen Institut für Rechtsvergleichung SIR stellt den rechts-  
18 vergleichenden Bericht des SIR vor. Er stellt den Endbericht (zumindest in deutscher Spra-  
19 che) für in zwei bis drei Wochen in Aussicht. Die Aufarbeitungsprozesse seien sehr unter-  
20 schiedlich. In allen untersuchten Rechtsordnungen habe sich aber eine gewisse Gleichartig-  
21 keit der Missstände gezeigt. Herr Heckendorn informiert schwerpunktmässig über die Aufar-  
22 beutungen in Deutschland (Heimerziehung), Schweden (Zwangssterilisationen, Heimerzie-  
23 hung), Norwegen (Heimerziehung), Australien (Heimerziehung - indigene und nicht indigene  
24 Bevölkerung), USA - North Carolina (Zwangssterilisationen) und Irland (Heimerziehung). Als  
25 Gesamtüberblick führt er aus, in sämtlichen untersuchten Ländern sei ein Missbrauchsele-  
26 ment zumindest glaubhaft zu machen. Bei allen untersuchten Rechtsordnungen seien zudem  
27 besondere Institutionen eingerichtet worden. Auf finanzieller Ebene sei ein Vergleich relativ  
28 schwierig. Verallgemeinernd lasse sich festhalten, dass je individueller ein Betrag bemessen  
29 werde, desto höher die Chance sei, dass im Einzelfall ein hoher Betrag ausbezahlt werde.

30 Der Delegierte dankt Herrn Heckendorn und dem SIR für die geleistete Arbeit.

31 Frau Biondi erkundigt sich bei Herrn Heckendorn betreffend Aufhebung des Datenschutzes.  
32 Konkret möchte sie wissen, ob die Namen der Akteure (Anstaltsleiter, Ärzte, usw.) bekannt  
33 seien. Herr Heckendorn verweist auf das Beispiel Deutschland, wo die Namen zugänglich  
34 gemacht würden.

35 Herr Schober erkundigt sich, ob auch andere Länder eine so breite Aufarbeitung über alle  
36 Opferkategorien hinweg angegangen hätten, wie dies die Schweiz mache. Herr Heckendorn  
37 erläutert, die Aufarbeitung habe in anderen Ländern in jeweils eigenen Prozessen stattge-  
38 funden.

39 Herr Huonker ergänzt, der Höchstbetrag im Zivilrecht in Australien sei 525'000 australische  
40 Dollar gewesen. Er verweist auf die sehr breite Aufarbeitung in Irland und die Relation der  
41 Beträge. Er erkundigt sich, ob der Begriff Missbrauch auf den sexuellen Missbrauch be-  
42 schränkt sei. Herr Heckendorn informiert, der Begriff Missbrauch sei in den untersuchten  
43 Ländern allgemein und offen umschrieben. Frau Biondi erkundigt sich, ob es im Ausland  
44 Fälle gegeben habe, in denen Eltern für ihre administrativ versorgten Kinder bezahlen muss-  
45 ten. Herr Heckendorn kann dies nicht aus dem Stegreif sagen und Frau Biondi regt an, dies  
46 ebenfalls abzuklären.

1 Herr Jost gibt zu bedenken, die von den Vereinen geforderten Beträge seien sehr beschei-  
2 den. Er anerkenne, dass eine dem tatsächlichen Schaden entsprechende Regulierung nicht  
3 realisierbar sei. Er empfinde es aber als beleidigend, wenn an diesen geringen Beträgen jetzt  
4 noch gefeilt werde.

5 Herr Leuenberger erkundigt sich, ob die Anzahl der Betroffenen in den einzelnen Ländern  
6 bekannt sei. Herr Heckendorn führt aus, es bestünden in den untersuchten Ländern Zahlen.  
7 Er werde diese nachliefern.

## 8 **5.2 Arbeitspapier Solidaritätsfonds**

9 Der Delegierte informiert, das Arbeitspapier behandle lediglich Grundsätze, die später noch  
10 konkretisiert werden können und müssen.

11 Der Delegierte führt aus, der Ausschuss habe die Modelle C und D diskutiert. Im Ausschuss  
12 habe sich aber rasch die Erkenntnis durchgesetzt, die Lösung D nicht mehr weiterzuverfol-  
13 gen – vorgeschlagen werde nun die Lösung C, bzw. – mit neuem Namen – der "Solidaritäts-  
14 fonds". Herr Schober bezweifelt, dass ein System, bei welchem eine Leistung unabhängig  
15 von der finanziellen Lage eines Opfers erbracht werde, politisch durchsetzbar sei. Sein An-  
16 satz wäre, nur Betroffenen in einer schwierigen finanziellen Situation zu helfen.

17 Der Delegierte erläutert, nicht alle Betroffene von FSZM seien auch Opfer, die von einem  
18 solchen Solidaritätsfonds Leistungen erhalten würden. Als Opfer einzustufen seien nur dieje-  
19 nigen Personen, deren physische, psychische, geistige oder sexuelle Integrität durch FSZM  
20 verletzt worden seien. Nur bei Vorliegen einer qualifizierten Betroffenheit (d.h. einer Opfer-  
21 Eigenschaft) seien finanzielle Leistungen aus dem Fonds vorgesehen. Herr Gradolf vermisst  
22 die explizite Nennung der Zwangssterilisierten. Der Delegierte erläutert, diese Kategorie falle  
23 unter die Umschreibung: "Verletzung der physischen Integrität", eine explizite Erwähnung sei  
24 aber möglich.

25 Es wird dargelegt, der Ausschuss habe der Situation Rechnung tragen wollen, dass es auch  
26 Betroffene gegeben habe, denen es gut gegangen sei. Zudem sollten auch Personen ohne  
27 finanzielle Not eine finanzielle Wiedergutmachung erhalten können; denn erlitten und durch-  
28 machen müssen hätten sie das Gleiche. Die Qualität des Leidens eines Anderen könne nicht  
29 objektiv beurteilt werden. Frau Waser verweist auf die gemachten Erfahrungen bei den Aus-  
30 zahlungen für die Kinder der Landstrasse. Die Abstufungsdiskussionen seien sehr schwierig  
31 und teils auch verletzend gewesen.

32 Die Teilnehmenden diskutieren ferner die Begrifflichkeiten: Frau Hilafu betont, es sei von  
33 Anerkennung und Rückerstattung und nicht von Entschädigung und Wiedergutmachung zu  
34 sprechen. Auch Frau Biondi und Herr Bürgstein bekräftigen, es sollte konsequent nicht von  
35 Wiedergutmachung, sondern von Anerkennung des Unrechts und Leides gesprochen wer-  
36 den.

37 Frau Aebischer erkundigt sich, was im Kriterienkatalog unter "Androhung" einer Massnahme  
38 zu verstehen sei. Der Delegierte führt aus, häufig seien behördliche Massnahmen für den  
39 Fall angedroht worden, wenn die betroffene Person nicht selbst bzw. freiwillig habe handeln  
40 wollen. Ein typisches Beispiel seien die Zwangsadoptionen, wo die Einwilligung der Kindes-  
41 mütter oft nur durch massiven Druck seitens der Behörde erwirkt worden sei.

42 Herr Schober betont nochmals, dass er dieses Modell als politisch nicht durchsetzbar be-  
43 trachte. Der Delegierte bestätigt, es seien tatsächlich nur Vorschläge des RT zu erarbeiten,  
44 denen der RT eine reelle Chance zuzumessen. Er erachte eine finanzielle Leistung, wie sie im  
45 Arbeitspapier zum Solidaritätsfonds skizziert sei, grundsätzlich als politisch realisierbar. Herr  
46 Schober bestätigt auf Frage hin, es bestehe Konsens, dass finanzielle Leistungen Teil der



1 Massnahmen sein sollen - die Differenz betreffe die Modellwahl. NR Schneider Schüttel bes-  
2 tätigt, dass der politische Weg nicht einfach werden würde.

3 Der Delegierte erläutert, finanzielle Leistungen würden sich nicht auf Leistungen aus dem  
4 Solidaritätsfonds beschränken. Es sei zu überlegen, ob nicht auch im Bereich der Sozialver-  
5 sicherungen gewisse Massnahmen zu treffen seien (Aufstockung der AHV-Rente, Mass-  
6 nahmen im IV-Bereich, keine Bestrafung in fiskalischer Hinsicht oder im Bereich der Sozial-  
7 hilfe, wenn es zu einer Auszahlung aus dem Solidaritätsfonds für die Begünstigten kommt).  
8 Dies bedürfe gesetzlicher Anpassungen. Der Gesetzgeber sollte nicht mit der einen Hand  
9 geben und mit der anderen Hand nehmen.

10 Frau Hanselmann ergänzt, die SODK habe beschlossen, die zuständigen Departemente in  
11 den Kantonen anzuschreiben, dass die Soforthilfe-Leistungen nicht bei der Bemessung der  
12 Sozialhilfe berücksichtigt werden sollten. Dieses Schreiben werde in den nächsten Tagen  
13 rausgehen. Sie verweist auf die Ausführungen von Herrn Ritler vom Bundesamt für Sozial-  
14 versicherungen, der einen vergleichbaren Aufruf für die von ihm beaufsichtigten kantonalen  
15 IV-Stellen angekündigt habe. Frau Hilafu erkundigt sich, ob das Schreiben der SODK auf der  
16 Homepage FSZM veröffentlicht werde. Frau Hanselmann nimmt dieses Anliegen gerne ent-  
17 gegen.

18 Herr Bürgstein erkundigt sich, ob sich der Ausschuss darüber Gedanken gemacht habe, wie  
19 der Solidaritätsfonds mit der Wiedergutmachungsinitiative zusammen hänge. Der Delegierte  
20 erläutert, der Ausschuss habe sich mit der Volksinitiative noch nicht im Detail befasst. Er  
21 macht beliebt, deren Lancierung abzuwarten und verweist auf die Möglichkeit, den vorlie-  
22 gend diskutierten Vorschlag gegebenenfalls als indirekten Gegenvorschlag zur Initiative zu  
23 konzipieren. Herr Huonker ergänzt, die Initiative und die damit verbundene Öffentlichkeitsar-  
24 beit übe aber so oder anders Druck aus und schaffe Motivation zum Tätigwerden. Frau Aebi-  
25 scher gibt ihrer Hoffnung Ausdruck, dass die Initiative nicht als Konkurrenz zu den Arbeiten  
26 des RT aufgefasst werde. Herr Huonker betont, dies sei nicht der Fall.

27 Inhaltlich wünscht Herr Schober bei der Passage „Beitrag finanzielle Leistungen durch Privata-  
28 te eine Ergänzung im Text durch das Verb: "können". Frau Aebischer wünscht, dass „Heime“  
29 durch den Begriff "Stationäre Einrichtungen für Kinder und Jugendliche" ersetzt wird.

30 Der Delegierte fasst zusammen, dass der RT die wesentlichen Weichenstellungen im Ar-  
31 beitspapier als richtig erachtet.

## 32 **6. Diskussion über die Grobstruktur des Berichts RT, insbesondere über den Mass-** 33 **nahmenteil (vgl. Papier "Grobstruktur" mit Beiblättern)**

34 Der Delegierte erläutert kurz den Entwurf der Grobstruktur des Berichts und den Aufbau des  
35 Entwurfs des Arbeitspapiers Massnahmen und Massnahmenvorschläge.

36 Der Vorschlag der Aufnahme von Testimonials (Zeitzeugen) stösst auf breite Zustimmung.  
37 Herr Huonker schlägt zudem vor, dokumentarische Fotos und Aktenauszüge aufzunehmen.  
38 Der Delegierte merkt an, die graphische Gestaltung könne auch noch nach der Verabschie-  
39 dung des Berichts erfolgen.

40 Der RT diskutiert folgende Änderungsvorschläge der Grobstruktur:

- 41 - C.3.3: Erweiterung auf „Zivilgesellschaftliche Bestrebungen“ (Berücksichtigung auch  
42 der Bestrebungen der Betroffenenorganisationen r usw.). Der Delegierte stellt in Aus-  
43 sicht, man werde auf die Akteure zukommen.
- 44 - D.3: Ergänzung um die Elemente "Aktensicherung" und "Bestreitungsvermerke"

45 Der RT diskutiert folgende Änderungsvorschläge des Arbeitspapiers: Massnahmen und  
46 Massnahmenvorschläge:

- 1 - *Ziffer 1: Mahnmal/Denkmal / Gedenkstätte*
- 2 - *Ziffer 2: vgl. heute eingereichter Antrag von Frau Hilafu betreffend den Suchdienst.*  
3 Der Delegierte erläutert ferner die vorgeschlagene Massnahme der Erweiterung des  
4 Geltungsbereiches des Opferhilfegesetzes. Herr Jost erkundigt sich nach der vermit-  
5 telnden Funktion. Frau Hanselmann nimmt das Anliegen entgegen.
- 6 Protokollanmerkung: Die Verabschiedung der Medienmitteilung wird vorgezogen.
- 7 - *Ziffer 3: Ergänzung um die Elemente "Aktensicherung" und "Bestreitungsvermerke".*  
8 Frau Hilafu wünscht die Erstellung einer Liste, welche Auskunft darüber gibt, wer bei  
9 wem Einsicht erhalten könne. Frau Oetliker regt an, auch die städtischen Archive zu  
10 erwähnen. Herr Gnädinger bestätigt die wichtige Rolle der städtischen Archive wie  
11 auch jene der privaten Organisationen. Er fügt an, der Wunsch von Frau Hilafu führe  
12 zu einer komplizierten Tabelle. Sein Anliegen sei, Missverständnisse und Frustration  
13 zu vermeiden. Er schlägt vor, die Betroffenen sollten sich an die Kantone bzw.  
14 Staatsarchive wenden, wo dann eine spezifische Beratung stattfinden könne. Diese  
15 würden dann auch an die Archive der Städte/Gemeinden und an die privaten Organi-  
16 sationen weiterleiten. Frau Oetliker präzisiert, die bereits getätigte Sensibilisierungs-  
17 arbeit sei in der Massnahmenübersicht aufzunehmen. Frau Hilafu führt aus, das Ge-  
18 setzgebungsverfahren zur Lockerung des Adoptionsgeheimnisses sei ebenfalls dort  
19 zu erwähnen. Zusätzlich wünsche sie eine Empfehlung im Hinblick auf eine Über-  
20 gangslösung. Frau Waser erkundigt sich, ob beim Erstellen eines Bestreitungsver-  
21 merks Unterstützung angeboten werde. Herr Gnädinger bestätigt, dass die Staatsar-  
22 chive eine Unterstützung bei der Formulierung anbieten würden. Der Delegierte  
23 schlägt vor, diesen Hinweis noch konkret in die Empfehlung aufzunehmen. Frau Ae-  
24 bischer betont die Wichtigkeit der Harmonisierung der Aktensicherung und den Koor-  
25 dinationsbedarf mit den Datenschutzbestimmungen. Herr Gnädinger verweist auf die  
26 bereits bestehende Empfehlung, die der Aktensicherung diene. Das Problem liege in  
27 der Umsetzung. Es gehe um eine Homogenisierung der Praxis, nicht um eine Geset-  
28 zes Anpassung. Eine Anpassung auf Stufe Bundesgesetz bewirke lediglich einen Im-  
29 puls auf die kantonalen Gesetze. Herr Claude bestätigt seinen Antrag um Öffnung der  
30 kirchlichen Archive.
- 31 - *Ziffer 4.2: Der Delegierte informiert im Zusammenhang mit dem Antrag der Betroffe-*  
32 *nenorganisationen, das Papier versuche einen Überblick über die bereits bekannten*  
33 *Anträge zu vermitteln. Er betont, die Diskussion müsse noch geführt werden. Im Be-*  
34 *richt werde dann aber später nicht mehr aufgeführt, wer einen Antrag gestellt habe,*  
35 *sondern es gehe darum, gemeinsame Empfehlungen des RT zu verabschieden. Heu-*  
36 *te sollten sämtliche Massnahmen diskutiert werden, die grundsätzlich in den Be-*  
37 *richtsentwurf Eingang finden sollen.*
- 38 - *Ziffer 4.3: Der Delegierte macht beliebt, eine Auswahl zu treffen und Prioritäten zu*  
39 *setzen. Er führt aus, persönlich sei er der Auffassung, man sollte sich auf wenige*  
40 *Massnahmen konzentrieren, die möglichst viel bringen. Frau Keller empfiehlt, sich auf*  
41 *die Thematik der AHV und der IV zu konzentrieren. Der Vorschlag auf eine Empfeh-*  
42 *lung einer Steuerreduktion zu verzichten findet grundsätzlich Zustimmung. Empfohlen*  
43 *werden soll hingegen ein Steuererlass für Opfer mit bestehenden hohen Steuer-*  
44 *schulden. Der Delegierte stellt in Aussicht, diese Frage mit den Steuerbehörden auf-*  
45 *zunehmen. Die Frage, ob eine Lückenschliessung oder eine Aufstockung der Renten*  
46 *zielführend sei, werde er mit dem Bundesamt für Sozialversicherung aufnehmen.*  
47 *Herr Huonker erläutert, die finanzielle Kompensation für geleistete Arbeit fliesse indi-*  
48 *rekt in die Ausgestaltung des Solidaritätsfonds (als Begründung) mit ein und müsse*  
49 *nicht separat in der Liste aufgeführt werden. Der Antrag auf ein GA der Betroffenen*  
50 *auf Lebenszeit wird diskutiert und es wird entschieden, diesen vorläufig noch im Be-*

- 1 richt zu lassen. Betreffend Antrag "früheres Rentenalter" wird auf die damit verbunde-  
2 ne schwierige politische Diskussion hingewiesen. Für den Antrag würden die Argu-  
3 mente der Lebensarbeitszeit sowie die Spezialbehandlung der Bauarbeiter sprechen.
- 4 - *Ziffer 5:* Herr Lengwiler empfiehlt die Aufnahme der Empfehlungen zur wissenschaft-  
5 lichen Aufarbeitung. Der Delegierte bestätigt auf Frage von Frau Hilafu, die Bereitstel-  
6 lung von Geld habe vorgängig zur wissenschaftlichen Aufarbeitung zu erfolgen. Die  
7 unabhängige Expertenkommission des Rehabilitierungsgesetzes werde ihre Arbeiten  
8 aber rasch aufnehmen können. Herr Lengwiler informiert über die sich abzeichnende  
9 Möglichkeit, parallel über den Nationalfonds Mittel für die Aufarbeitung zu beschaffen.  
10 Er empfiehlt, diese Chance zu nutzen. Der Delegierte informiert, die Regelung im Re-  
11 habilitierungsgesetz ermögliche es, Querbezüge zu den übrigen Opferkategorien zu  
12 schaffen. Wenn sich die Expertenkommission hingegen mit sämtlichen Opfergruppen  
13 befassen solle, bedürfe dies einer gesetzlichen Grundlage, was 3-4 Jahre Zeit bean-  
14 spruche. Der Delegierte betont, dass mögliche Spielräume auszunutzen seien, um  
15 Synergien zu schaffen. Bei der Besetzung der unabhängigen Expertenkommission  
16 und bei der Leitung des Nationalfondsprojektes (NFP) müsse sichergestellt werden,  
17 dass auf personeller Ebene die Zusammenarbeit funktioniere. Herr Huonker bestätigt  
18 die Wichtigkeit der personellen Koordination. Frau Keller ist der Auffassung, dass die  
19 Schaffung einer ExpertInnenkommission mit umfassendem Forschungsauftrag vorzu-  
20 ziehen sei. Dies wäre ein klares politisches Signal an die Öffentlichkeit und würde ei-  
21 ne breitere und vor allem politischere Diskussion über die Umsetzung der Resultate  
22 ermöglichen. Demgegenüber würden - zumindest nach ihren Erfahrungen - Resultate  
23 von NFP-Studien vor allem in Fachkreisen diskutiert. Der RT ist grossmehrheitlich der  
24 Meinung, das parallele Vorgehen (Expertenkommission und Nationalfonds) sei weiter  
25 zu verfolgen. Frau Aebischer macht beliebt, die Vertreter der Institutionen einzube-  
26 ziehen (Zeile 1, Spalte 2).
- 27 - *Ziffer 6:* Herr Bürgstein regt an, die bereits vorgenommene Sensibilisierungsarbeit  
28 des RT als getroffene Massnahme aufzuführen. Frau Aebischer wünscht sich ein  
29 Konzept, wie die breite Öffentlichkeit konkret mehr sensibilisiert werde. Der Delegier-  
30 te schlägt vor, in der mittleren Spalte die Erarbeitung eines Konzepts zur Sensibilisie-  
31 rung aufzunehmen. Herr Claude wünscht, dass auch die Betroffenen mit der Öffent-  
32 lichkeit und mit den Parlamentariern in Kontakt treten können. NR Schneider Schüttel  
33 betont die Wichtigkeit des Direktkontakts der Betroffenen mit Politikern und stellt sich  
34 zur Verfügung, diesen Kontakt herzustellen. Herr Schüpbach schlägt vor, Parlamen-  
35 tarier gezielt nach Mümliswil einzuladen. Der Delegierte unterstützt den Vorschlag,  
36 dass Mümliswil die parl. Gruppe FSZM einlade. Frau Hilafu regt an, dass auch die  
37 Tonbandaufnahmen auf dem Massnahmenkatalog vermerkt werden. Herr Huonker  
38 kommt auf seinen Vorschlag der Gedenkmünze zu sprechen. Der Delegierte bestä-  
39 tigt, dass hier eine Empfehlung entworfen werde.
- 40 - *Ziffer 7:* Herr Oberholzer wünscht die Aufnahme in die Liste, dass die am RT teilneh-  
41 menden Organisationen und Institutionen als Multiplikatoren für ihre Gremien wirken  
42 (bereits getroffene und künftige Massnahmen). Die künftige Zusammensetzung und  
43 Organisation des RT wird diskutiert. Insbesondere die Durchführung von Hearings  
44 findet breite Unterstützung. Der Delegierte informiert, die künftige Zusammensetzung  
45 und Organisation des RT werde zu diskutieren sein und er sei diesbezüglich völlig of-  
46 fen. Frau Aebischer verweist auf ihren Antrag zur Schaffung von regionalen Betroffe-  
47 nenforen. Dies sei ebenfalls aufzunehmen. Frau Hilafu erwidert, sie würde bevorzu-  
48 gen, wenn bestehende Organisationen unterstützt werden (entspricht dem Vorschlag  
49 in der rechten Spalte). Herr Jost erläutert seinen Antrag, es sei den Betroffenen Platt-  
50 formen zur Selbsthilfe zu bieten.

1 **7. Wissenschaftliche Aufarbeitung**

2 Wird als behandelt betrachtet.

3 **8. Kommunikation / Öffentlichkeitsarbeit**

4 Der Delegierte verweist auf die anstehenden und vergangenen Medienaktivitäten. Er infor-  
5 miert insbesondere über das für den 15. April 2014 geplante Hintergrundgespräch mit Me-  
6 dienvertretern. Er wäre froh, wenn 2-3 Vertreter der Betroffenen teilnehmen könnten. Er wer-  
7 de diesbezüglich mit Betroffenen Kontakt aufnehmen.

8 **9. Weiteres Vorgehen / Planung der Arbeiten (5. RT 06.06.2014; 6. RT 01.07.2014)**

9 Der Delegierte stellt in Aussicht, dass in Zusammenarbeit mit den Teilnehmenden des RT  
10 auf den 6. Juni 2014 einen Grobentwurf des Berichts erstellt werde. An der nächsten Sitzung  
11 des RT soll der Grobentwurf diskutiert werden. Eine Verabschiedung sollte an der Sitzung  
12 vom 1. Juli 2014 möglich sein, wobei die graphische Gestaltung auch nachgängig vorge-  
13 nommen werden könne.

14 Herr Gnädinger informiert, der nächste RT werde im Staatsarchiv Zürich stattfinden. Es wer-  
15 de nach dem RT ein Apéro offeriert. Der Delegierte bedankt sich bei Herrn Gnädinger für die  
16 Einladung.

17 **10. Verschiedenes**

18 Der Delegierte bedankt sich für das Gastrecht im Haus der Kantone und beim Übersetzer für  
19 seine grossartige Arbeit.

20 Sitzungsende: 17:30 Uhr